

**Karin Plehn**

**Subjektive Wahrnehmung des  
Transformationsprozesses zwischen DDR und BRD im  
Genossenschaftswesen in den 1990er Jahren.**

***Wachholtz***



Karin Plehn

Subjektive Wahrnehmung des  
Transformationsprozesses  
zwischen DDR und BRD im  
Genossenschaftswesen in den  
1990er Jahren.

Eigene Studie auf Basis  
qualitativer Interviews

*Wachholtz*

Für meine Kinder Meike, Helge und Florian Plehn und ihre Familien

1. Auflage 2020

© 2020 Wachholtz Verlag, Kiel/Hamburg

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

ISBN 978-3-529-05055-8

E-Book ISBN 978-3-529-09278-7

Gesamtherstellung: Wachholtz Verlag

Satz: 3w+p, Rimpär

Einbandgestaltung: [www.b3k-design.de](http://www.b3k-design.de), Andrea Schneider, diceindustries

Printed in Europe

Besuchen Sie uns im Internet:

[www.wachholtz-verlag.de](http://www.wachholtz-verlag.de)

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	12
Anlagenverzeichnis .....	14
<b>1 Einleitung .....</b>	<b>16</b>
1.1 Allgemeine Angaben zum Thema des Untersuchungsvorhabens .	16
1.2 Forschungsvorhaben .....	17
<b>2 Konzeptioneller Rahmen und Methoden der Auswertung ....</b>	<b>21</b>
2.1 Zeithistorischer Kontext zur Vereinigung beider deutscher Staaten und Transformation des Bankenbereichs .....	21
2.1.1 Überblick über die Entwicklung in der DDR bis zur Vereinigung – Phaseneinteilung .....	22
2.1.1.1 Ereignisse von der Unzufriedenheit der Bevölkerung, Öffnung der Grenzen und Vereinigung beider deutscher Staaten im europäischen und internationalen Rahmen .....	25
2.1.1.2 Erste Anzeichen der Revolution bzw. des Umsturzes: Unzufriedenheit der Bevölkerung, ökonomische und ökologische Probleme der DDR .....	26
2.1.1.3 Politische und gesellschaftliche Veränderungen: Ausreisebewegung versus Protestbewegung bzw. öffentlicher Widerspruch im Lande und die Rolle der Kirchen .....	29
2.1.1.4 Feier zum vierzigjährigen Bestehen der DDR, Reaktion der Staatsorgane, der SED-Führung, der Gäste und politische Folgen.	33
2.1.1.5 Beschleunigung der Entwicklung durch die Aktivitäten der Regierungen in beiden deutschen Staaten und weiterer Akteure.	36
2.1.1.6 Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (WWSU) .....	43
2.1.1.7 Die Treuhandanstalt (THA) .....	46
2.1.1.8 Der Einigungsvertrag (EV) .....	47

2.1.1.9	Die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der Deutschen Einheit .....	50
2.1.1.10	Zusammenfassung der Entwicklungen zur Vereinigung Deutschlands auf nationaler Ebene innerhalb des internationalen Rahmens .....	55
2.1.2	Einbindung der Kreditgenossenschaften in das Bankensystem der DDR .....	56
2.1.2.1	Zeithistorischer Kontext zur Transformation des Bankwesens in der DDR .....	57
2.1.2.2	Auswirkungen auf die Mitarbeiter in den Kreditgenossenschaften der DDR .....	59
2.1.2.3	Zusammenfassung des Überblicks zur Transformation im Bankenbereich .....	59
2.2	Vorstellung der Forschungsdisziplinen Oral History und Erzählforschung / Kulturanthropologie, ihrer Methoden und Unterschiede .....	60
2.2.1	Die Forschungsdisziplin Oral History .....	60
2.2.1.1	Entwicklung der Forschungsdisziplin Oral History hin zur Teildisziplin der Zeitgeschichte .....	61
2.2.1.2	Überblick über die Grundlagen der beteiligten Forscher .....	63
2.2.1.3	Zusammenfassung der Forschungsansätze der Oral History ....	69
2.2.2	Die Forschungsdisziplin Erzählforschung, Volkskundliche Kulturwissenschaft, Volkskunde / Europäische Ethnologie .....	70
2.2.2.1	Entwicklung der Forschungsdisziplin Erzählforschung zur Forschung in vielfältigen Teildisziplinen .....	70
2.2.2.2	Überblick über die Grundlagen der beteiligten Forscher .....	71
2.2.2.3	Zusammenfassung der Forschungsansätze der Erzählforschung, Volkskundliche Kulturwissenschaft, Volkskunde / Europäische Ethnologie .....	83
2.2.3	Oral History und Erzählforschung im Vergleich .....	83
2.2.4	Unterschiede der Forschungsdisziplinen und die daraus abgeleitete eigene Vorgehensweise .....	85
2.3	Überblick über das geplante Auswertungsverfahren der erhobenen Interviews .....	90
2.3.1	Einordnung des vorliegenden Materials als Experteninterviews .	91
2.3.2	Orientierung der Auswertung am Modell »rekonstruierende Untersuchung« .....	92
2.4	Zusammenfassung der Voreinstellung zur Auswertung der Interviews .....	93

<b>3</b>	<b>Überblick über das »Fragen-Projekt Wendezeiten«: Zielsetzung, Vorstellung der Interviewpartner, Auswertungsschwerpunkte</b> .....	<b>94</b>
3.1	Zielsetzung des »Fragen-Projekt Wendezeiten« .....	94
3.1.1	Auswahl von Personen / Zeitzeugen aus verschiedenen Instituten .....	95
3.1.2	Vorstellung der Interviewer, der Erhebungsmethode und des Vorgehens zur Auswertung der Interviews .....	96
3.2	Vorstellung und Analyse des Leitfadens zum »Fragen-Projekt Wendezeiten« .....	98
3.2.1	Abgrenzung des zeitlichen Rahmens und des Raumes .....	98
3.2.2	Zentrale Kategorien »Erinnern« und bzw. oder »Erzählen«, Anwendung in der Auswertung .....	99
3.2.3	Inhaltliche Schwerpunkte des »Fragen-Projekt Wendezeiten« ..	100
3.2.3.1	Arbeitsprozesse und deren Veränderungen im kreditgenossenschaftlichen Bereich .....	100
3.2.3.2	Fragen an die Personen und deren Erinnerung .....	101
3.3	Bewältigung und Bearbeitung der Dokumentenfülle: Erstellung von fünf Übersichten .....	102
3.4	Auswahl für die inhaltliche Auswertung: Beruflich-betrieblicher Schwerpunkt .....	104
3.5	Zusammenfassung der Zielsetzung des »Fragen-Projekt Wendezeiten« und Ausblick auf weiteres Vorgehen .....	108
<b>4</b>	<b>Auswertung der erhobenen Interviews zu persönlichen und allgemeinen Fragen und deren Interpretation</b> .....	<b>110</b>
4.1	Ausgliederung der Aussagen zu den Fragen 1, 2 und 10 aus dem Leitfaden »Fragen-Projekt Wendezeiten«, Zusammenfassung und Auswertung mit Hilfe der Übersicht 2: Auswertung der Interviews Stiftung GIZ .....	110
4.2	Auswertung der Fragen zur Person .....	112
4.2.1	Fragen zum Lebenslauf allgemein und besonders zur Berufstätigkeit .....	112
4.2.2	Fragen zum Verständnis »Nationalität« .....	114
4.2.3	Fragen zum Genossenschaftswesen .....	116
4.3	Ansätze zur Erklärung der Auswertungsergebnisse der persönlichen Fragen unter dem Aspekt »Einheit der Nation« und der Frage nach der »Rolle der Genossenschaftsidee« .....	118
4.3.1	Gemeinsamkeit nicht mehr erzählenswert – Entwicklung eines neuen Nationalgefühls in beiden deutschen Staaten? .....	118
4.3.2	Ostdeutsche – Bürger zweiter Klasse? .....	120

4.3.3	Trennung beider deutscher Staaten war lebenslastig . . . . .	121
4.3.4	Fragen zur Situation und Motivation der Helfer aus der BRD . . .	122
4.4	Zusammenfassung der Auswertung, Interpretation der ausgegliederten Fragen und Ausblick . . . . .	123
5	<b>Auswertung der erhobenen Interviews und Interpretationen zur Frage der größten Herausforderungen in ausgewählten beruflichen Schwerpunkten . . . . .</b>	<b>126</b>
5.1	Allgemeine Vorbemerkung zu den Auswertungen von drei beruflichen Schwerpunkten . . . . .	126
5.1.1	Die wesentlichen Unterschiede der interviewten Personen im Berufsleben Ost und West . . . . .	126
5.1.2	Vorgehen bei der Auswertung der Interviews . . . . .	128
5.2	Herausforderungen im Schwerpunkt I: Währungsunion – unter dem Aspekt Einführung der DM auf dem Staatsgebiet der DDR . . . . .	130
5.2.1	Vorbereitung zur Einführung der DM auf dem Staatsgebiet der DDR bei den Kreditgenossenschaften . . . . .	132
5.2.1.1	Allgemeine Information der Bundesbank zu den Modalitäten der Währungsumstellung, Umgang der Mitarbeiter mit diesen Informationen und Unsicherheiten . . . . .	135
5.2.1.2	Kontoeinrichtung und Arbeitsbelastung . . . . .	141
5.2.1.3	Das Bargeldproblem: Einzahlung, Zählung und Abtransport . . .	149
5.2.2	Tage der Währungsumstellung auf DM . . . . .	156
5.2.2.1	Kalkulation der benötigten Geldmenge zum 1. Juli 1990 . . . . .	159
5.2.2.2	Versorgung der Banken / Kreditgenossenschaften in der DDR mit DM – Geldtransport zum 1. Juli 1990, Bestückung, Lagerung und Nachforderungen . . . . .	163
5.2.3	Vorgehen nach der Einführung der DM auf dem Staatsgebiet der DDR . . . . .	173
5.2.3.1	Umstellungskriminalität . . . . .	174
5.2.3.2	Konto- und Mitgliedschaftsaufösungen . . . . .	180
5.2.3.3	Besonderheiten . . . . .	184
5.2.4	Bewertung der Währungsumstellung aus Sicht der Mitarbeiter der Kreditgenossenschaften in der DDR . . . . .	189
5.2.5	Zusammenfassung der Auswertung der Interviews im Schwerpunkt I: Währungsunion – unter dem Aspekt Einführung der DM auf dem Staatsgebiet der DDR . . . . .	196

5.3	Herausforderungen im Schwerpunkt II: Einführung neuer Produkte auf Basis der Marktwirtschaft .....	199
5.3.1	Vorbemerkung .....	199
5.3.2	Bedeutung der »Größten Herausforderungen« für die Mitarbeiter aus beiden deutschen Staaten .....	199
5.3.3	Größte Herausforderungen: Das rechtliche System und die Unterschiede im Denken und Handeln .....	201
5.3.4	Der Aktivbereich: Neues Produkt Kreditvergabe .....	203
5.3.4.1	Stellenwert der Kredite im genossenschaftlichen Bankensektor .	204
5.3.4.2	Kreditbedarfe der Unternehmen und privaten Haushalte in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern .....	209
5.3.4.3	Das Problem der Kreditsicherheit .....	215
5.3.4.4	Schulungen für und Hilfe bei Kreditgesprächen .....	220
5.3.4.5	Probleme und Auswirkungen bei der Einführung des neuen Produktes Kredit .....	224
5.3.5	Der Passivbereich: Neues Produkt Anlagen .....	226
5.3.5.1	Einführung in das Anlagengeschäft .....	227
5.3.5.2	Das klassische Einlagengeschäft .....	230
5.3.5.3	Das Wertpapiergeschäft .....	235
5.3.5.4	Besonderheiten .....	239
5.3.6	Zusammenfassung der Auswertung der Interviews im Schwerpunkt II: Einführung neuer Produkte auf Basis der Marktwirtschaft .....	241
5.4	Herausforderungen im Schwerpunkt III: Schulungen, Aus- und Fortbildungen .....	246
5.4.1	Kreditgenossenschaftlicher Bankensektor der DDR in der Marktwirtschaft: Konsequenzen für die Qualifikation der Mitarbeiter durch Schulungen, Aus- und Fortbildungen .....	248
5.4.1.1	Erste Überlegungen, Maßnahmen und Kontakte .....	248
5.4.1.2	Spontane Hilfe und direkte Zusammenarbeit .....	250
5.4.1.3	Institutionelle Zusammenarbeit der kreditgenossenschaftlichen Organisationen zwischen der BRD und der DDR .....	251
5.4.1.4	Solidarfonds zur Förderung der Genossenschaftsbanken in der DDR .....	251
5.4.1.5	Zulassung zum Geschäftsbetrieb, Überwachung durch das BAKred und Konsequenzen der Rechtsangleichung .....	253
5.4.2	Die Mitarbeiterqualifikation .....	254
5.4.2.1	Aufgabe der Verbände bei der Mitarbeiterschulung – Plan der Partnerschaftsbanken .....	255
5.4.2.1.1	Vorschriften für die Leitung der Kreditgenossenschaften und deren Folgen .....	257

5.4.2.1.2	Qualifizierungsmaßnahmen für Bankleiter bzw. Vorstände der Kreditgenossenschaften in der DDR .....	259
5.4.2.1.3	Schulungsangebote für Mitarbeiter allgemein und erreichbare Abschlussqualifikationen .....	259
5.4.2.1.4	Ausbildung des Nachwuchses .....	262
5.4.2.1.5	Personaltransfer aus dem Westen für die Arbeit in Vorständen und Verbänden .....	263
5.4.2.1.6	Zusammenfassung der Vorüberlegungen .....	265
5.4.3	Auswertung der Interviews .....	266
5.4.3.1	Eigeninitiativen der Mitarbeiter zur Weiterqualifikation .....	267
5.4.3.2	Learning by doing und Schützenhilfe .....	270
5.4.3.3	Vorstandsqualifizierung .....	281
5.4.3.4	Schulung und Qualifizierung der Mitarbeiter .....	296
5.4.3.5	Qualifikation der Auszubildenden .....	310
5.4.3.6	Missbrauch bei Schulungen: Abschluss von Verträgen im Schulungsprozess .....	315
5.4.4	Zusammenfassung der Auswertung der Interviews im Schwerpunkt III: Schulungen, Aus- und Fortbildungen .....	317
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung der Untersuchungen, Ergebnisse der Auswertung und Ausblick .....</b>	<b>321</b>
	Im Schwerpunkt I: Währungsunion .....	325
	Im Schwerpunkt II: Einführung neuer Produkte .....	325
	Im Schwerpunkt III: Schulungen, Aus- und Fortbildungen .....	327
	Erfolgsmodell im Transformationsprozess .....	329
	Ausblick (auf weiterführende Untersuchungen) .....	331
	<b>Anlagen .....</b>	<b>333</b>
	Anlage 1: Leitfragen des »Fragen-Projekt Wendezeiten« .....	333
	Anlage 2: FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN 1990 .....	334
	Anlage 3: Das Vertragswerk zur Deutschen Einheit .....	335
	Anlage 4: Organisation des Bankenwesens der DDR .....	336
	Anlage 5: DDR Bankensystem nach dem 1. Juli 1990 .....	337
	Anlage 6: Strukturdaten des Genossenschaftssektors der DDR 1990 .....	338
	Anlage 7: Übersicht 1: Herkunft der interviewten Personen aus welchen Instituten .....	339
	Anlage 8: Übersicht 2: Auswertung der Interviews Stiftung GIZ .....	342
	Anlage 9: Übersicht 3: Herkunft der interviewten Personen nach OST / WEST und Geschlecht .....	374
	Anlage 10: Übersicht 4: Berufliche Position im Bankensystem bis zur Zeit der WWSU .....	374
	Anlage 11: Übersicht 5: Alter der interviewten Personen zum Zeitpunkt des Interviews .....	375

Anlage 12: Deutsche Bundesbank Anlage 1: Umstellungsantrag – (Wohn)	
Sitz DDR .....	376
Anlage 13: Deutsche Bundesbank Anlage 2: Auszahlungsquittung –	
Währungsumstellung DDR .....	377
Anlage 14: Deutsche Bundesbank Anlage 3: Umstellungsantrag – für	
natürliche oder juristische Personen oder Stellen mit Wohnsitz oder Sitz	
außerhalb der DDR .....	378
Anlage 15: Bank Information .....	379
Anlage 16: Fusion der Verbände .....	380
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis .....</b>	<b>381</b>
1. Quellenverzeichnis .....	381
a) Gedruckte Quellen .....	381
b) Ungedruckte, nicht veröffentlichte Quellen .....	382
2. Literaturverzeichnis .....	382
a) Monografien, Aufsätze .....	382
b) Presseartikel .....	392
c) Onlineressourcen .....	392
<b>Kurzfassung der Ergebnisse der Dissertation .....</b>	<b>395</b>
<b>Synopsis of the findings of this dissertation .....</b>	<b>397</b>

## Abkürzungsverzeichnis

ACZ	Agrarchemisches Zentrum
AR	Aufsichtsrat
BAFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BEK	Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BLN	Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSH	Bausparkasse Schwäbisch Hall
BVR	Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken
BWGV	Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DG-Bank	Deutsche Genossenschaftsbank
DG Hyp	Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
DGRV	Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband
DM	Deutsche Mark
DMBilG	Gesetz zur DM-Eröffnungsbilanz
DZ-Bank	Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
eG	eingetragene Genossenschaft
ERP	European Recovery Program
ESER	Einheitliches System der elektronischen Rechentchnik
EV	Einigungsvertrag
GBB	Genossenschaftsbank Berlin
GBF	Genossenschaftliches Bankführungsseminar
GdW	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen
GG	Grundgesetz
GIZ	Stiftung GIZ Genossenschaftshistorisches Informationszentrum
GK	Genossenschaftskasse(n) für Handwerk und Gewerbe
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel

ifz	Institut für Zeitgeschichte
IHK	Industrie- und Handelskammer
IM	informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit
k. A.	keine Angabe
KBS	Kundenberatungsseminar
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KWG	Kreditwesengesetz
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft(en)
MdB	Mitglied des Bundestags
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGB	kleine Bankleiterqualifikation
Mio.	Millionen
MKB	Mittelständische Kreditbank
Mrd.	Milliarden
MTS	Maschinen-Technische-Ausleih-Station
o. g.	oben genannt
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
o. V.	ohne Verfasser
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PSD	Post- Spar- und Darlehnsverein
RB	Raiffeisenbank
R+V	Versicherung der Volks- und Raiffeisenbanken
RGW	Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
THA	Treuhandanstalt
u. a.	und andere
u. v. m.	und vieles mehr
usw.	und so weiter
VB	Volkbank
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
Vier Mächte	Vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges
WWSU	Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZK	Zentralkomitee

## Anlagenverzeichnis

Anlage	Titel
--------	-------

- |           |  |
|-----------|--|
| Anlage 1  | Leitfaden des »Fragen-Projekt Wendezeiten«   |
| Anlage 2  | FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN 1990:<br>Abbildung 1: Erwartungen an die Wiedervereinigung<br>Abbildung 2: Vor- und Nachteile der Wiedervereinigung              |
| Anlage 3  | Das Vertragswerk zur Deutschen Einheit   |
| Anlage 4  | Organisation des Bankenwesens der DDR  |
| Anlage 5  | DDR Bankensystem nach dem 1. Juli 1990   |
| Anlage 6  | Strukturdaten des Genossenschaftssektors der DDR 1990  |
| Anlage 7  | Übersicht 1: Herkunft der interviewten Personen aus welchen Institu-<br>ten  |
| Anlage 8  | Übersicht 2: Auswertung der Interviews Stiftung GIZ  |
| Anlage 9  | Übersicht 3: Herkunft der interviewten Personen nach OST / WEST<br>und Geschlecht  |
| Anlage 10 | Übersicht 4: Berufliche Position im Bankensystem bis zur Zeit der<br>WWSU  |
| Anlage 11 | Übersicht 5: Alter der interviewten Personen zum Zeitpunkt des Inter-<br>views   |
| Anlage 12 | Deutsche Bundesbank Anlage 1: Umstellungsantrag – (Wohn)Sitz<br>DDR –  |
| Anlage 13 | Deutsche Bundesbank Anlage 2: Auszahlungsquittung – Währungs-<br>umstellung DDR  |
| Anlage 14 | Deutsche Bundesbank Anlage 3: Umstellungsantrag – für natürliche<br>oder juristische Personen oder Stellen mit Wohnsitz oder Sitz außer-<br>halb der DDR |

Anlage 15 Bank Information

Tabelle 1: Institutsgruppen in den fünf neuen Bundesländern per  
31.12.1990

Tabelle 2: Marktanteile der Bankengruppen in den neuen Bundeslän-  
dern

Anlage 16 Fusion der Verbände

# 1 Einleitung

Einleitend werden die allgemeinen Angaben zum Thema des Untersuchungsvorhabens und das Forschungsvorhaben vorgestellt.

## 1.1 Allgemeine Angaben zum Thema des Untersuchungsvorhabens

Im Rahmen des allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg wurde im Wintersemester 2015/16 das Thema »Vor 25 Jahren: Die Transformation ostdeutscher Genossenschaften« mit dem Untertitel »Ein Erfolgsmodell im Vereinigungsprozess« behandelt. Innerhalb dieser Reihe wurde auch »Das Zeitzeugenprojekt ›Wendezeiten‹. Der Weg der Kreditgenossenschaft in die Marktwirtschaft« vorgestellt.

Der Untertitel der o.g. Vorlesungsreihe, »Ein Erfolgsmodell im Vereinigungsprozess«, stellt eine Behauptung dar, die hinterfragt werden kann und muss. Diese Behauptung näher zu untersuchen, stellt den Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit dar. Sofern nämlich der Prozess aus der Perspektive der Betroffenen bzw. Akteure betrachtet wird, kann man auch zu anderen bzw. modifizierten Erkenntnissen gelangen. Vor diesem Hintergrund sollen die oben angegebenen Zeitzeugeninterviews<sup>1</sup> untersucht werden.<sup>2</sup> Dabei soll sowohl die Perspektive der Mitarbeiter im genossenschaftlichen Kreditbankensektor der Deutschen Demokratischen Republik (im Folgenden DDR) und späteren neuen

---

1 »Ein Zeitzeuge ist eine Person, die ein Ereignis, einen Vorgang oder eine Entwicklung in der Vergangenheit selbst bewusst erlebt hat. ... Ein Zeitzeugeninterview ist eine geplante und vorbereitete Befragung eines Zeitzeugen ... zu ganz bestimmten, meistens zeitlich begrenzten Sachverhalten...«. In: Zeitzeugen und Interviews – Zur Methode (2016), S. 1.

2 Die 94 Interviews, die etwa je zur Hälfte mit Beteiligten aus der BRD und der ehemaligen DDR geführt wurden, sind in der Zeit zwischen 2013 und 2016 entstanden und liegen transkribiert vor.

Bundesländern als auch diejenige der »Helfer«, also der Mitarbeiter aus dem genossenschaftlichen Kreditbankensektor der Bundesrepublik Deutschland (im Folgenden BRD) bei der Auswertung aufgezeigt und ggf. gegenübergestellt werden. Inwieweit damit der Begriff »Erfolgsmodell« aufrechterhalten werden kann, wird sich erst am Ende der Untersuchung zeigen. Dabei soll auch darauf eingegangen werden, für wen die Bezeichnung Erfolgsmodell angewendet werden kann bzw. für wen sie gilt: Waren und sind die Genossenschaften allgemein ein Erfolgsmodell im Transformationsprozess? Erfolgte ein schnelleres und erfolgreicherer Einleben der Menschen in die Marktwirtschaft? Handelte es sich um ein Modell zur Arbeitsplatzhaltung in der DDR? Viele weitere Fragen lassen sich an den hier aufgeführten anschließen.

Für den Titel dieser Untersuchung wurde daher die folgende Formulierung gewählt: »Subjektive Wahrnehmungen des Transformationsprozesses zwischen DDR und BRD im Genossenschaftswesen in den 1990er Jahren.«

Als Transformation wird hier in Anlehnung an Nagelschmidt / Neymanns<sup>3</sup> die gleichzeitige Umformung aller Funktionsbereiche der Gesellschaft in der DDR und dies in äußerst kurzer Zeit bezeichnet, wobei mit der Einführung von Mehrparteiendemokratie und Marktwirtschaft die wirtschaftlichen und politisch-administrativen Teilsysteme an erster Stelle standen. Die vor diesem Hintergrund entstandenen Zeitzeugeninterviews sind also eingebettet in die allgemeine Umbruchsituation, sie stellen hier aber den Hauptaspekt der Untersuchung dar. Daraus ergibt sich die Fragestellung dieser Untersuchung: Wie haben die Mitarbeiter im genossenschaftlichen (Kredit)Bankensystem in der DDR und ihre Helfer aus der Bundesrepublik den Transformationsprozess in das System der Marktwirtschaft wahrgenommen, erlebt und bewältigt? mit dem Untertitel: »Eigene Studie auf Basis qualitativer Interviews.«

## 1.2 Forschungsvorhaben

Der Transformationsprozess in der DDR führte innerhalb kurzer Zeit zu sich radikal ändernden Bedingungen in den Bereichen Ökonomie, Politik und Gesellschaft. Innerhalb dieses Transformationsprozesses stand der gesellschaftliche Bereich nicht im Fokus der politischen und ökonomischen Akteure. Das individuelle Erleben und Handeln der Personen war jedoch systemabhängig und führte zu un-

---

3 Vgl. Nagelschmidt / Neymanns (1999), S. 13.

terschiedlichen Handlungsoptionen und Bewertungen. Bei der Auswertung der Interviews wird dieser Aspekt wieder aufgegriffen.

Die subjektive Sichtweise und das Handeln der beteiligten Mitarbeiter im genossenschaftlichen (Kredit)Bankensystem soll aber in dieser Untersuchung im Mittelpunkt stehen und mit Hilfe der vorliegenden Zeitzeugeninterviews verdeutlicht werden.<sup>4</sup>

Zur Untersuchung und Auswertung der erhobenen Zeitzeugeninterviews wird der vorliegende Leitfaden »Fragen-Projekt Wendezeiten«<sup>5</sup> verwendet, der zwölf Themenkomplexe beinhaltet. Die Themenkomplexe des Leitfadens sind überwiegend chronologisch gegliedert, die Fragen beziehen sich meistens auf die beteiligten Personen aus beiden deutschen Staaten, z. T. aber auch nur auf die Erfahrungen der Personen aus dem Osten oder Westen.

Dahinter steht die Hypothese, dass die Zeitzeugen in ihren Antworten den Themenkomplexen und den damit verbundenen Fragen aus dem Leitfaden ein unterschiedliches Gewicht beimessen – je nach Herkunft aus der BRD oder der DDR und späteren neuen Bundesländern – und sich im Wesentlichen auf die »Bewältigung der anstehenden Probleme« (Themenkomplex 5), auf die »übernommenen Aufgaben im Aufbauprozess in den neuen Bundesländern« (Themenkomplex 7), »auf die damit verbundenen größten Herausforderungen« (Themenkomplex 6) sowie auf »die Beurteilung des Transformationsprozesses nach 25 Jahren aus heutiger Sicht« (Themenkomplexe 11/12) beziehen.

Eine weitere Hypothese ist, dass Erzählungen dazu, wie der Transformationsprozess in das System der Marktwirtschaft insgesamt wahrgenommen, erlebt und bewältigt wurde, eher von den Zeitzeugen aus der DDR und indirekt formuliert

---

4 Die Stiftung GIZ Genossenschaftshistorisches Informationszentrum (im Folgenden GIZ) wurde im Dezember 2004 gegründet und nahm ihre Arbeit im Januar 2005 auf. Sie ist eine gemeinnützige Stiftung in Treuhandschaft des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (im Folgenden BVR), Berlin. Zielsetzung und Aufgabe der GIZ war und ist lt. Gründungstifter BVR der Aufbau eines Netzwerkes der Historischen Archive und Sammlungen der Genossenschaftsgeschichte. Der Aufgabenbereich der GIZ wurde inzwischen vielfältig erweitert. In diesem Rahmen ist auch die Förderung der historischen Forschung und der Austausch zwischen Hochschulen, Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit sowie das Projekt »Wendezeiten 1989/90« einzuordnen. Im Projekt »Wendezeiten 1989/90« soll die Erinnerung an die ereignis- und entscheidungsreiche Umbruchzeit aufgearbeitet werden. Zur Dokumentation sollten dazu in engem Kontakt mit einzelnen Volksbanken und Raiffeisenbanken insbesondere Interviews mit Zeitzeugen geführt, aber auch noch vorhandene Materialien (Fotos, Unterlagen, Objekte) gesammelt werden. Die Gespräche wurden aufgezeichnet, verschriftlicht und dauerhaft im GIZ archiviert. Das Projekt wurde bei der Stiftung GIZ und der Arbeitsstelle für Genossenschaftsgeschichte der Universität Hamburg angebunden und durch die DZ-BANK-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gefördert. Dazu hat es zwei Anträge von den Projektantragstellern (für das GIZ Dr. Glexer und für die Arbeitsstelle Genossenschaftsgeschichte der Universität Hamburg Dr. Martens) gegeben: Im ersten Antrag aus dem Jahr 2012 lag der Schwerpunkt bei der Interviewerhebung in den Volks- und Raiffeisenbanken, in 25 Banken sollten 90 Interviews erhoben werden. Im zweiten Antrag aus dem Jahr 2014 wurden Verbundunternehmen sowie Spitzen- und Regionalverbände in die Erhebung mit einbezogen.

5 Vgl. Anlage 1: Leitfaden des »Fragen-Projekt Wendezeiten«.

werden. So könnten z. B. politische Meinungen, es handele sich um eine notwendige Anpassung, um eine Überstülpung eines fremden Systems, geäußert oder aber auch Fragen, z. B. nach Gerechtigkeit oder nach Alternativen des Prozesses gestellt worden sein. Derartige Aussagen könnten mit verschiedenen Fragen des Leitfadens und besonders mit der Frage »was ist gut / schlecht gelaufen, was hätte anders gemacht werden müssen« (Themenkomplex 12) verbunden werden. Weitere Aussagen zu diesem Themenkomplex könnten sich auf die mangelnde Würdigung der Leistungen der Mitarbeiter aus der DDR bis hin zum empfundenen Kulturschock beziehen. Generell ist die Fähigkeit und Bereitschaft zur Kritikäußerung abhängig von der gesellschaftlich-politischen Sozialisierung und hier speziell auch vom Ergebnis des Transformationsprozesses. Insgesamt ist die Hypothese, dass kritische Äußerungen zum Transformationsprozess von Personen aus der DDR nur in vorsichtiger Form erfolgen, weil aus dem kurzen historischen Prozess von 1989 bis 1990 eher eine generelle Zustimmung der Bürger der DDR zum ökonomischen und politischen System der BRD hervorging.<sup>6</sup>

Für die Zeitzeugen aus der BRD war das marktwirtschaftliche System ja selbstverständlich und musste nicht hinterfragt werden. Kritische Äußerungen zum Transformationsprozess werden von dieser Personengruppe eher allgemein und zur Geschwindigkeit der Durchführung erwartet. Dahinter steht die Hypothese, dass sich eher Personen als Helfer und somit auch als Interviewpartner betätigt haben, die davon überzeugt waren, dass die Übertragung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (im Folgenden WWSU) auf das Gebiet der DDR und der spätere Beitritt der DDR zur BRD politisch, ökonomisch und gesellschaftlich die beste Lösung für die Krise in der DDR sei. Für diese Mitarbeiter wird daher eher die geleistete Hilfe bzw. Aufbauarbeit im Mittelpunkt der Erzählungen stehen.

Da es sich um einen offenen Auswertungsprozess handelt, könnten weitere Aussagen der Zeitzeugen zur Bildung neuer Kategorien und damit zu weiteren Untersuchungsschwerpunkten führen.<sup>7</sup>

Insgesamt soll die Auswertung und Interpretation der Erzählungen zu den Fragenkomplexen aus dem Leitfaden »Fragen-Projekt Wendezeiten« den Schwerpunkt der Untersuchung bilden, um damit zu weiterführenden Erkenntnissen und zu einer differenzierteren Bewertung des Wahrnehmens, Erlebens und Bewältigens der Herausforderungen der Mitarbeiter im kreditgenossenschaftlichen Bereich im Transformationsprozess zu gelangen. Dabei sollen die Bewältigungs-

---

6 Vgl. Anlage 2: FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN, Umfrage März 1990, zitiert nach: Icks, Anette (1995), S. 106 f.

7 Vgl. Gläser / Laudel (2010), S. 5 und die Schaubilder S. 200 und S. 203.

strategien der Mitarbeiter, die sich aus den Erzählungen herauskristallisieren lassen, im Mittelpunkt des Auswertungs- und Interpretationsprozesses stehen.

Es wird davon ausgegangen, dass die Perspektiven der Mitarbeiter aus Ost und West differieren, weil auch die Wahrnehmung des Transformationsprozesses aus der Perspektive des jeweiligen Systems erfolgt. Die Untersuchung mit dem Fokus auf unterschiedliche Perspektiven der Mitarbeiter im kreditgenossenschaftlichen Bereich im Transformationsprozess kann deshalb auch dazu beitragen, offizielle Zuschreibungen für einen Prozess im politisch-historischen Kontext zu überprüfen und ggf. neu zu bewerten. Daraus könnten sich für anschließende Untersuchungen weitere Fragestellungen ergeben, z. B. Sammlung von Daten und Aufarbeitung aus anderen Bereichen im genossenschaftlichen Sektor, Aufarbeitung der Stasiunterlagen und andere. Aber auch für andere wissenschaftliche Forschungsgebiete ergeben sich – unabhängig von der Frage der Einmaligkeit der deutschen Vereinigung – Anknüpfungsmöglichkeiten zu dieser Untersuchung. Als Beispiel sei hier nur die Psychologie genannt, die sich mit der Frage der Resilienz von Personen (Widerstandsfähigkeit in Umbruchsituationen) beschäftigt.

## **2 Konzeptioneller Rahmen und Methoden der Auswertung**

Im weiteren Vorgehen wird zunächst in einem knappen Überblick die historische Einordnung des Themas in die Entwicklung der Kreditgenossenschaften in der DDR und zur Zeit des Umbruchs dargestellt. Im Anschluss daran wird die Einbindung des erhobenen Materials in die qualitativen Forschungsdisziplinen aufgezeigt und die Zuordnung des Materials vom Verfasser für den Auswertungsprozess begründet. Abschließend werden in einem Überblick die Auswertungsmethoden in der qualitativen Forschung vorgestellt sowie eine Begründung für die eigene Vorgehensweise im weiteren Forschungsprozess gegeben.

### **2.1 Zeithistorischer Kontext zur Vereinigung beider deutscher Staaten und Transformation des Bankenbereichs**

Zur Einordnung des Themas »Wahrnehmung des Transformationsprozesses im Kontext der individuellen Lebensverhältnisse« soll im Vorwege der Weg zur Einheit Deutschlands im nationalen und internationalen Kontext kurz dargestellt werden. Im nationalen Rahmen werden die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignisse sowie die in diesem Zusammenhang wichtigsten handelnden Personen in ihrem Wirken und Amt charakterisiert. Im internationalen Rahmen soll hier ebenfalls in knapper Form auf die Verhandlungen mit den Vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (im Folgenden Vier Mächte) eingegangen werden, die den völkerrechtlichen Rahmen der Deutschen Einheit regelten.

In einem weiteren Abschnitt wird dann die Entwicklung der Kreditgenossenschaften in der DDR bis zur WWSU am 1. Juli 1990 in den zeithistorischen Kontext eingeordnet.

### 2.1.1 Überblick über die Entwicklung in der DDR bis zur Vereinigung – Phaseneinteilung

In der wissenschaftlichen Diskussion wird häufig eine zeitliche und inhaltliche Fixierung auf die Entstehung und den Ausbruch der Revolution<sup>1</sup> in der DDR vorgenommen. Dadurch wird die Tatsache verdeckt, dass sich an die Revolution ein umfassender Transformationsprozess anschloss bzw. die Revolution in diesen Prozess übergang. »Transformation bedeutete im Falle der DDR die gleichzeitige Umformung aller Funktionsbereiche der Gesellschaft und dies in äußerst kurzer Zeit. An erster Stelle standen – mit der Einführung von Mehrparteiendemokratie und Marktwirtschaft – die wirtschaftlichen und politisch-administrativen Teilsysteme.«<sup>2</sup>

Nach Heydemann, Müller, Mai ergab sich die charakteristische Sonderstellung dieses Prozesses in der DDR als einem Teilstaat einer Nation daraus, dass sowohl das Regime der DDR als auch die Bevölkerung sich auf den anderen nationalen Konkurrenzstaat, die BRD Referenzgesellschaft, bezog.<sup>3</sup> Der Übergang habe sich von einem nichtdemokratischen zu einem demokratischen Regime, von einer real-sozialistischen zu einer postsozialistischen Gesellschaft, von der Plan- zur Marktwirtschaft in Phasen vollzogen, die idealtypisch für fast alle Transformationsprozesse nachweisbar seien<sup>4</sup>:

---

1 Vgl. Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, (1999), S.18 f. Neben dem Begriff Revolution werden weitere Begriffe verwendet, wie z.B. Umbruch, Wende u. a., auf diese Diskussion soll hier nicht eingegangen werden. Vgl. Weiß, Ulrich (2004), S. 583, in Anlehnung an Weiß wird unter Revolution ein grundlegender und nachhaltiger struktureller Wandel eines oder mehrerer Systeme, der meist abrupt oder in relativ kurzer Zeit erfolgt, verstanden. Die Revolution kann friedlich oder gewaltsam vor sich gehen. In der DDR war die Revolution von 1989 ein friedlicher Prozess, der in den Transformationsprozess übergang. Der Begriff Wende wird im Zusammenhang mit der Person Egon Krenz wieder aufgenommen.

2 Nagelschmidt / Neymanns, (1999), S. 13. Vgl. dazu auch: Heydemann / Mai / Müller (Hrsg.) (1999), S. 22, die davon ausgehen, dass unabhängig vom Charakter des politischen Umbruchs der anschließende Prozess als »Transformation« in seinen vielfältigen, zeitlich oft unterschiedlich ablaufenden Phasen und Formen zu betrachten sei.

3 Vgl. dazu auch Kleßmann, Christoph (2002), S. 2.

4 Vgl. Heydemann / Mai / Müller (Hrsg.) (1999), S. 22 ff. Auch andere Phaseneinteilungen sind möglich. Vgl. auch Andresen, Knud (Vorlesung WS 2017/2018, Vorlesungsverzeichnis der Universität Hamburg): Gesellschaftsgeschichte der beiden deutschen Staaten 1969 – 1990, der eine Einteilung in Phasen vor dem Hintergrund vorstellte, welcher Staat aktiv geworden sei: Phase I: Unruhen bis zur Maueröffnung, nur die DDR ist aktiv, die Bundesrepublik hält sich zurück (ökonomischer Riese, politischer Zwerg); Phase II: Die Bundesrepublik ist auch Aktionspartner, zunehmend bestimmt sie das Geschehen

**Phase I:** Erzwungene Liberalisierung (im Sinne begrenzter Zugeständnisse an die Opposition): Sie war gekennzeichnet durch den Versuch der alten Eliten, durch kontrollierte Reformen zu einer gewissen Öffnung zu gelangen, ohne die prinzipiellen Machtverhältnisse zu verändern. Die Phase begann erst mit dem 9. Oktober 1989 unter dem Druck der Leipziger Ereignisse<sup>5</sup> und endete mit der Aufhebung des Führungsanspruchs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (im Folgenden SED) in der Verfassung der DDR am 1. Dezember 1989, der Inhaftierung von Mitgliedern der alten Regierung und der Besetzung von Zentralen des Staatssicherheitsdienstes ab dem 4./5. Dezember 1989.

**Phase II:** Demokratisierung: Neue Regeln der Machtausübung wurden institutionalisiert. In der ersten Sitzung am 7. Dezember 1989 legte der Zentrale Runde Tisch in Berlin den Termin freier Parlamentswahlen auf den 6. Mai 1990 fest. Eine Kommission zur Änderung der bestehenden DDR-Verfassung konstituierte sich. Der Demokratische Block der Parteien löste sich auf. Ein neues Parteiensystem bildete sich heraus, dessen Vertreter Ende Januar 1990 in die Regierung Modrow eintraten. Am Ende dieser Phase standen die vorgezogenen freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 sowie die Kommunalwahlen am 6. Mai 1990, die im Ergebnis die Etablierung demokratisch legitimierter Regierungen nach sich zogen.

**Phase III:** Konsolidierung: Die Phase war gekennzeichnet durch die Verrechtlichung der Revolution von Seiten der Regierung Lothar de Maizière nach den Volkskammerwahlen. Mit der Einsetzung von Auftragsverwaltungen entmachtete die Regierung die regionalen und lokalen Körperschaften. Mit dem Verfassungsgrundsatzgesetz vom 17. Juni 1990 und dem Ländereinführungsgesetz vom 20. Juli 1990 wurde das Föderalismuskonzept verankert und die Wiederherstellung der Länder eingerichtet. Durch die Schaffung einer neuen Mittelinstanz wurden die SED-dominierten Bezirksverwaltungen entmachtet. Ebenso trug das Kommunalverfassungsgesetz vom 17. Mai 1990 zur Entmachtung der SED in den

---

im Transformationsprozess; Phase III: Bundesrepublik steuert den Transformationsprozess, die DDR ist zur Reaktion gezwungen. Auch Icks, Anette (1995), S. 228ff. teilte den Transformationsverlauf in drei Phasen ein. Ausgangspunkt war der unwiderruflich artikulierte Wille der DDR-Bürger zur Systemänderung. In der Vorbereitungsphase wurden die grundlegenden gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine funktionsfähige Marktwirtschaft geschaffen, erste Ansätze noch unter der Regierung Modrow. In der Kernphase wurden marktwirtschaftliche Allokationsprozesse mit der WWSU in Gang gesetzt. In der Anpassungsphase erfolgte die Anpassung der Wirtschaft und Politik an die neuen Rahmenbedingungen. Ein Ende des Transformationsprozesses sei erst dann zu verzeichnen, wenn ein makroökonomisches Gleichgewicht erreicht, der Anpassungsbedarf der Volkswirtschaft und die gesellschaftliche Integration zweier unterschiedlicher Gesellschaften bewältigt sei.

<sup>5</sup> Vgl. Bahrman, Hannes; Links, Christoph (1994), S. 15 ff., die in Leipzig seit dem 11. September 1989 wöchentlich stattfindende Montagsdemonstration, ausgehend von der Nikolai-Kirche, verlief am 9. Oktober 1989 nach einer Initiative zur Deeskalation von politischen und kirchlichen Kräften mit 70.000 Menschen friedlich und ohne Eingriffe der staatlichen Gewalt.

Städten und Kommunen bei. Die dritte Phase endete mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 bzw. der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990.

Während Heydemann, Mai, Müller bei ihrer Phaseneinteilung die politisch-rechtliche Dimension in den Mittelpunkt stellen, steht bei Nadja Lindners Untersuchung der Übergang des Rechts der Wirtschaft von der Plan- zur Marktwirtschaft in der DDR im Mittelpunkt. Nach Lindner handelte es sich beim Prozess des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft um eine »weltgeschichtlich erstmals ablaufende Entwicklung.«<sup>6</sup> Diese Entwicklung lasse sich in vier Etappen unterteilen:

**Erste Etappe:** Periode der Reformierung der planwirtschaftlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung in deren eigenen Grenzen (kurz Reformierungsperiode), die vom Amtsantritt der Regierung Modrow am 17. November 1989 bis etwa Ende Januar / Anfang Februar 1990 einzuordnen sei.

**Zweite Etappe:** Periode der schrittweisen Transformation der planwirtschaftlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung in die einer Marktwirtschaft, die von Ende Januar / Anfang Februar 1990 bis zum Ende der Amtsperiode der Regierung Modrow reichte.

**Dritte Etappe:** Periode der radikalen Transformation der planwirtschaftlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung in die einer Marktwirtschaft, die vom Beginn der Amtsperiode der Regierung de Maiziére bis zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland reichte.

**Vierte Etappe:** Periode der Herbeiführung der Rechtseinheit beider deutscher Staaten, die von August bis zum 3. Oktober 1990 reichte.<sup>7</sup>

Die Verrechtlichung des Übergangs zur Marktwirtschaft gipfelte im ersten Staatsvertrag über die WWSU zwischen der BRD und der DDR, der zum 1. Juli 1990 in Kraft trat<sup>8</sup>, mit zahlreichen Folgegesetzen. Sie begann aber schon in der Phase unter der Regierung Modrow, wenn auch mit anderer Zielsetzung.<sup>9</sup>

---

6 Lindner, Nadja (1996), S. 335.

7 Vgl. ebenda, S. 335 ff.

8 Vgl. hierzu Lindner, Nadja (1996), die die Rechtsquellen zum Transformationsprozess während der Amtsperioden Hans Modrows und die von Lothar de Maiziére auflistet und bearbeitet.

9 Vgl. ebenda, S. 71 f.: »Bildung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung« mit dem Ziel, der DDR-Wirtschaft Wachstumsimpulse zu ermöglichen, ohne eine grundlegende Änderung der bestehenden Wirtschafts- und Rechtsordnung zuzulassen; S. 94: »Die Gründung der Treuhandanstalt zur Verwaltung des Volkseigentums und die Umwandlung der volkseigenen Wirtschaftseinheiten in Kapitalgesellschaften« wird als Maßnahme der von Modrow in der zweiten Etappe vertretenen wirtschafts- und rechtspolitischen Grundkonzeption der schrittweisen Transformation der planwirtschaftlichen Wirtschafts- und Rechtsordnung in die einer Marktwirtschaft eingeschätzt (S. 119); S. 121 ff.: »Die Umgestaltung des Gewerberechts und des Rechts privater Unternehmen«, mit welcher der überwiegende Teil der für private Gewerbetreibende sowie für Produktionsgenossenschaften des Handwerks geltenden planwirtschaftlichen Restriktionen beseitigt wurden; S. 145 f.: »Die Rückgabe 1972 in Volkseigentum überführter Unternehmen«, hiermit wurde die erste generelle Wiederherstellung der Rechtsstellung ehemali-

Nicht erwartet und damit unterschätzt wurde von der Regierung der DDR, dass bei dem vom Staat organisierten Prozess der schnellen Übertragung die damit korrespondierende politische Kultur in den neuen Ländern noch nicht ausgebildet war. Dies galt weit mehr für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich. Denn die massiven gesellschaftlichen Veränderungen griffen erst mit den Wahlen im März 1990 auch auf die Betriebe, den Lebensbereich Arbeit und auf die sozialen Beziehungen in den Kollektiven, den Eckpfeilern der sozialen Integration, über.<sup>10</sup> Die gesamt nationale Identitätsbildung sei insofern – entgegen anfänglicher »Wiedervereinigungseuphorie« – zu einer Frage der nachträglichen »inneren Wiedervereinigung« geworden.<sup>11</sup> In diesem Sinne beendet Nadja Lindner ihre Untersuchung mit einem Zitat von Helmut Schmidt, das die obigen Überlegungen deutlich macht: »Das vereinte Deutschland kann nicht bloß eine Fortsetzung der alten Bundesrepublik sein. Die seelische und geistige Integration beider Teile unserer Nation ineinander, die seelische Verschmelzung kann längere Zeit benötigen als nur eine Generation. Aber sie kann mißlingen, wenn uns nicht im gegenwärtigen Jahrzehnt die wirtschaftliche und soziale Verschmelzung gelingt. Was wir brauchen, ist ein gewaltiger Aufschwung des Gemeinsinns und der Brüderlichkeit.«<sup>12</sup>

Auf diese Zusammenhänge wird im weiteren Verlauf der Untersuchung, speziell in der Auswertung der Interviews, wieder zurückgegriffen.

### 2.1.1.1 Ereignisse von der Unzufriedenheit der Bevölkerung, Öffnung der Grenzen und Vereinigung beider deutscher Staaten im europäischen und internationalen Rahmen

Auf die im Überblick – unter Verwendung von Etappenbildung – dargestellte Abfolge der Entwicklung der DDR bis 1990 wird im Folgenden näher eingegangen. Dabei werden die wichtigsten Ereignisse in chronologischer Form dargestellt.

---

ger privater Eigentümer vorgenommen; S. 168: »Die Aufhebung der grundlegenden Bestimmungen des Planungsrechts«, die parallel zu den vorgenannten Komplexen zur Grundkonzeption der schrittweisen Transformation erfolgte. Auf die Bewertung der Entwicklung des Rechts der Wirtschaft in dieser Periode kann an dieser Stelle nicht ausführlich eingegangen werden, vgl. dazu S. 171 ff. Auf die Veränderungen der rechtlichen Grundlagen wird im Zusammenhang mit der Auswertung der Interviews zurückgegriffen.

<sup>10</sup> Vgl. Weil, Francesca (1999), S. 525, die herausstellt, dass Untersuchungen zur DDR Geschichte zu dem Schluss kommen, der Lebensbereich Arbeit bzw. die Betriebe seien von den unmittelbaren »Wende«-Ergebnissen weitgehend unberührt geblieben, die Proteste seien in erster Linie gegen das politische System gerichtet gewesen.

<sup>11</sup> Vgl. Heydemann / Mai / Müller (Hrsg.), 1999), S. 24.

<sup>12</sup> Schmidt, Helmut (1991), zitiert nach: Lindner, Nadja (1996), S. 350.

Für die Beteiligten waren sowohl die politischen als auch die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen von entscheidender Bedeutung. Die Veränderungen erfolgten gleichzeitig, z. T. auch phasenverschoben innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne. In einigen Fällen lassen sich dennoch Aktionen und deren Folgewirkungen ausmachen und beschreiben. Dieses soll im Folgenden in einer knappen Übersicht bzw. Beschreibung dargestellt werden.

### 2.1.1.2 Erste Anzeichen der Revolution bzw. des Umsturzes: Unzufriedenheit der Bevölkerung, ökonomische und ökologische Probleme der DDR

Schon 1987 meldete das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), dass »ein erheblicher Anstieg kritischer Diskussionen zu verzeichnen« sei, die »negativen und abfälligen Äußerungen über das Warenangebot« seien »zunehmend verbunden mit offen ausgesprochenen Zweifeln an der Objektivität und Glaubwürdigkeit der von den Massenmedien der DDR periodisch veröffentlichten Bilanzen und Ergebnisse der Volkswirtschaft«<sup>13</sup>. Seit Mitte der 80er Jahre waren vor allem die zunehmenden Versorgungsmängel und die damit verbundene Resignation der Grund für die DDR-Bevölkerung zu Protestaktionen. Ereignisse, wie z. B. das Verbot der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik« Ende 1988, die offensichtlichen Fälschungen der Kommunalwahlen im Mai 1989 in Dresden und die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger, führten letztendlich zur Erosion und Delegitimierung der DDR-Herrschaft.<sup>14</sup>

Im Mittelpunkt des X. (11. bis 16. April 1981) und des XI. Parteitages des SED (17. bis 21. April 1986) stand die wissenschaftlich technische Revolution, vor allem die Weiterentwicklung und Anwendung der Mikroelektronik und deren Intensivierung (Einsparung von Arbeitskräften, Material, Energie). Die Parteiführung erwartete von diesem revolutionären Modernisierungsschub keinen qualitativen Sprung der Gesellschaftsentwicklung mehr, sondern lediglich eine »Sicherung des Erreichten«. Die bisherige Politik der SED stieß auf vielen Gebieten an ihre Grenzen.<sup>15</sup>

Die Monopolstellung der Kombinate, das starre Leistungs- und Planungssystem und das Fehlen eines funktionierenden Preissystems behinderten einen Innovationschub. »Die Subventionen für die Waren des Grundbedarfs, für Fahrtkosten

---

13 Steiner, André, (2016), S. 116 f.

14 Vgl. ebenda, S. 120.

15 Vgl. Weidenfeld / Korte (Hrsg.), Bonn 1999, S. 159.

und Mieten banden immer größere Mittel des Staatshaushalts, führten zu zweifelhaften sozialpolitischen Ergebnissen, vergeudeteten wirtschaftliche Ressourcen und minderten die Leistungsanreize.«<sup>16</sup>

In dieser Periode sank die Investitionsquote insgesamt und auch die in der Industrie.<sup>17</sup> Die Fünf-Jahres-Pläne konnten nicht mehr erfüllt werden und wurden korrigiert. Die steigenden Rohstoffkosten auf dem Weltmarkt wurden mit zusätzlichen Exporten von Konsumgütern, Maschinen und Ausrüstungen bezahlt, die wiederum auf dem Inlandsmarkt für die eigene Bevölkerung fehlten. Die Wirtschaftskrise verschärfte sich weiterhin durch die verringerten Erdöllieferungen aus der UdSSR, für die bisher Preise unterhalb des Weltmarktniveaus gezahlt wurden. Dies wirkte sich wiederum auf den Export von Erdölprodukten aus, der bis Mitte der 1980er Jahre hohe Devisengewinne eingebracht hatte.<sup>18</sup> Insgesamt lag die Verantwortung für die Außenwirtschaft der DDR im staatlichen Außenwirtschaftsmonopol, das in der DDR-Verfassung Art. 9, Abs. 5 festgelegt war. Die DDR war im Raum des Rates der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW) mit einem Anteil von etwa zwei Dritteln des gesamten Außenhandels eingebunden. Im RGW-Raum wurden Waren gegen Waren getauscht. Die UdSSR war für die DDR der größte Lieferant, sie importierte hauptsächlich Rohstoffe wie Energie, industrielle und landwirtschaftliche Produkte. Umgekehrt lieferte die DDR Maschinen und Verbrauchsgüter an die UdSSR. Der Handel mit den anderen RGW-Ländern hatte mehr substitutiven Charakter. Insgesamt kamen aus dem Handel mit den RGW-Ländern keine ausreichenden Impulse zur technischen Weiterentwicklung.<sup>19</sup> Zusätzlich nahm die internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Produktpalette wegen der fehlenden Innovationen im Produktionsprozess und bei den Produkten ab.

Die fehlenden investiven Mittel in der Industrie hatten gravierende Auswirkungen auf die Umwelt, vor allem in den Bereichen Abwasserreinigung, der Wasserversorgung und dem Abfallwesen. Im Bereich der Energiepolitik wurden wegen der hochsubventionierten Energiepreise Verschwendung und Fehlleistungen begünstigt. Durch die Verwendung der heimischen Braunkohle wurden erhebliche Gesundheits- und Umweltschäden hervorgerufen. Die Carbochemie verursachte extrem hohe Emissionen. Die damit einhergehenden gesundheitlichen Schädigungen (hohe Säuglingssterblichkeit), katastrophale Schäden in den betroffenen

16 Ebenda, S. 159. Siehe hierzu auch: Judt, Matthias (Hrsg.), (1998), S. 161, Quelle W72: Ausgaben für die »2. Lohntüte« 1971 und 1989, 2. November 1989, woraus ersichtlich ist, dass diese Ausgaben von 1971 = 26,2 Mrd. Mark der DDR bis 1989 auf = 114 Mrd. Mark der DDR stiegen. Zitiert nach: SAMPO-BArch, DY 30/IV 2/2039/325, Bl. 207.

17 Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.), (1998), S. 162, Quelle W 73.

18 Vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 250, (2009), S. 67.

19 Vgl. Icks, Anette (1995), S. 80f.

Regionen (z. B. Erzgebirge, Region um Bitterfeld) und Gewässern (z. B. Werra, Elbe) waren die Folge.<sup>20</sup> Die Umweltpolitik besaß in der DDR Verfassungsrang, aber durch die Geheimhaltung der Umweltdaten vor den eigenen Staatsbürgern und anderen Akteuren war eine Bewertung des Schadensausmaßes kaum möglich. Trotzdem führte in den Krisenregionen das sichtbare Ausmaß der Schäden zur Sensibilisierung der Bevölkerung. Unter dem Dach der Kirchen bildeten sich Umweltschutzgruppen, die bedeutenden Anteil an der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hatten.<sup>21</sup>

Insgesamt hatten sich die Handlungsmöglichkeiten der SED-Wirtschaftspolitik immer mehr verengt. Dies wurde besonders deutlich in der Verschuldung des Staates.<sup>22</sup> Die Auslandsdevisenverschuldung sowie die sich daraus ergebende Verpflichtung zur Zinszahlung führte dazu, dass sich die DDR in den 80er Jahren latent am Rande des Staatsbankrotts bewegte, was vom Westen weitgehend unbeachtet blieb. Während es Anfang der 80er Jahre durch die von der BRD verbürgten Milliardenkredite gelungen war, die Zahlungsunfähigkeit der DDR abzuwenden, wurde auf der DDR-Seite zum Ende der 80er Jahre erkannt, dass eine weitere finanzielle Unterstützung zur Abwendung des drohenden Bankrotts nur durch politische Zugeständnisse an die BRD zu erreichen war.<sup>23</sup> In der DDR-Führung setzte sich die Erkenntnis durch, dass das Wirtschaftssystem grundlegend reformiert werden müsse, wenn die ökonomische Überlebensfähigkeit und Liquidität der DDR gesichert werden solle. Als die grundlegenden Maßnahmen zur Konsolidierung der DDR-Wirtschaft Ende Oktober 1989<sup>24</sup> von den DDR-Machthabern gebilligt wurden, war es für die DDR-Wirtschaft zu spät.

---

20 Vgl. Handbuch der deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999, (1999), S. 754 f.

21 Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.), (1998): S. 160, Quelle W 70 = Bürger fordern das Ende des Umweltkrieges gegen sie, vom 30. Oktober 1989; schon vorher: S. 417, K 34 = Schlag gegen die Umweltbibliothek in Berlin vom 25. November 1987 und S. 520, D 18: Erich Honecker und Helmut Schmidt (1): Vorschläge der Bundesregierung für Verhandlungsthemen und Bemerkungen Honeckers dazu, 28. Juni 1977. Insgesamt wurde nach ersten Einzelvereinbarungen erst am 8. September 1987 das deutsch-deutsche Umweltabkommen unterzeichnet, das die Zusammenarbeit auf allen Gebieten des Umweltschutzes beinhaltete, besonders durch Informationsaustausch. Diese Möglichkeiten wurden jedoch bis zur Grenzöffnung nicht ausgeschöpft.

22 Vgl. Steiner, André (2016), S. 122 f., hier werden konkrete Angaben zur inneren und äußeren Verschuldung der DDR gemacht: nach innen betrug die Staatsverschuldung 1988 = 123 Mrd. Mark der DDR, zu deren Finanzierung Sparguthaben der Bevölkerung und die Finanzen der staatlichen Betriebe herangezogen wurden. Die politisch relevante Verschuldung in konvertiblen Devisen betrug 8,2 Mrd. Dollar, was im Jahre 1989 175% der Exporte in westliche Industrieländer und etwa einem Fünftel des erwirtschafteten Bruttoinlandsproduktes entsprach.

23 Vgl. Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999, (1999), S. 848 f.

24 Vgl. ebenda, S. 849. Vgl. hierzu die »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vom 27. Oktober 1989« von Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck-Golodkowski, Ernst Höfner und Arno Donda. In: Judt, Matthias (Hrsg.), (1998), S. 145 f., Quelle W54, zitiert nach: Bericht 1994, S. 54 bis 74.

### 2.1.1.3 Politische und gesellschaftliche Veränderungen: Ausreisebewegung versus Protestbewegung bzw. öffentlicher Widerspruch im Lande und die Rolle der Kirchen

Ab 1988 änderte sich die politische, gesellschaftliche und ökonomische Situation in der DDR sehr schnell und führte letztendlich zum Zusammenbruch des Herrschaftssystems in der DDR.

Viele DDR-Bürger, die die Situation in der DDR in den 80er Jahren als Stagnation empfanden, stießen mit ihren gesamtgesellschaftlichen Forderungen an die Grenzen eines starren Systems. Sie hielten die Regierung nicht nur für reformunwillig, sondern auch für reformunfähig. So wurde einerseits die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern artikuliert. Auf der anderen Seite gewannen die Wünsche und Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit, insbesondere auch Reisefreiheit, freie Wahlen und soziale Gerechtigkeit zunehmend an Bedeutung. Die politisch erzwungene Massenloyalität in der DDR zerbrach spätestens im Herbst 1989, so dass sich für viele DDR-Bürger die Frage stellte, ob sie ihren Widerspruch öffentlich artikulieren oder ausreisen sollten.<sup>25</sup>

Vor dem oben skizzierten Hintergrund fassten immer mehr DDR-Bürger den Entschluss, ihr Land zu verlassen.<sup>26</sup> Der Erlass einer deutlich liberaleren Reiseverordnung, die am 1. Januar 1989 in Kraft trat<sup>27</sup>, wurde bis Ende September 1989 von 160.785<sup>28</sup> Bürgern genutzt, um die Auswanderung aus der DDR zu beantragen.<sup>29</sup> Im Juli und August 1989 versuchten darüber hinaus viele Bürger, ihre Ausreise durch die Besetzung westlicher diplomatischer Vertretungen – vor allem die Botschaften der BRD in Budapest, Warschau, Ostberlin und Prag – zu erzwingen. Am 11. September 1989 öffnete Ungarn offiziell seine Grenzen nach Österreich, nachdem bereits vorher Tausende illegal diese Grenze überschritten hatten. Die SED-Führung hatte keine Ideen zur Lösung des Problems. Um das internationale

25 Vgl. Icks, Anette (1995), S. 62.

26 Vgl. Mitter / Wolle (Hrsg.) (1990): S. 141 ff., MfS-Bericht vom 9. September 1989 über Ausreisemotive, zitiert nach: Informationen zur politischen Bildung Nr. 250, (2009), S. 24.

27 Vgl. Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland vom 30. November 1988. In: Deutschland-Archiv 1/1989, S. 108 bis 112, zitiert nach: Judt, Matthias (Hrsg.): (1998), S. 23.

28 Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.) (1998), S. 23, die Zahlenangaben für den Zeitraum 1. Januar bis 30. September 1989 wurden entnommen aus: Information über die Entwicklung und Zurückdrängung der Antragstellung auf ständige Ausreise nach der BRD und nach Westberlin (o.D.). In: BArch, DO I 34.0 (Mdi, HA Innere Angelegenheiten) Nr. 34127, o. Bl.

29 Zur Deutsch-deutschen Übersiedlungsstatistik insgesamt vgl. Judt, Matthias (Hrsg.), (1998), S. 545 f, D 49: Deutsch-deutsche Übersiedlungsstatistik 1949 bis zum 30. Juni 1990. Vgl. dazu auch: Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, (2015), z. B. die Dokumente 1 bis 6 auf den Seiten 73 bis 96, und weitere Dokumente; Fotografien der Situation ohne Seitenabgabe.

Ansehen angesichts der bevorstehenden Feiern zum vierzigjährigen Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 zu wahren, gestattete die DDR-Führung auch die Ausreise der DDR-Bürger aus den Botschaften.<sup>30</sup> Hiermit stellte die SED-Führung unmissverständlich klar, dass sie nicht gewillt war, sich dem Problem der Ausreisewelle zu stellen, welches von vielen Bürgern der DDR als existentielle Bedrohung wahrgenommen wurde.<sup>31</sup> Nach den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR am 7. Oktober 1989 setzte sich die Fluchtbewegung der DDR-Bürger in die Botschaften fort. Der Rücktritt Erich Honeckers<sup>32</sup>, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR (Staatsoberhaupt der DDR) am 17. Oktober 1989 und die Übernahme des Amtes des SED Generalsekretärs des ZK der SED und des Amtes Vorsitzender des Staatsrats durch Egon Krenz<sup>33</sup> führte nicht zur gewünschten Entlastung der Situation. Am 3. November 1989 erklärte das tschechoslowakische Außenministerium, dass die Grenzen der CSSR ab sofort für die direkte Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD offen standen. In der Prager Botschaft befanden sich zu der Zeit bereits wieder ca. 4.000 DDR-Bürger. Mit der Öffnung der Grenzen am 9. November 1989 und der Gewährung der allgemeinen Reisefreiheit war das Ausreiseproblem über bundesdeutsche Botschaften beendet.<sup>34</sup>

---

30 Vgl. Weidenfeld / Korte (Hrsg.), (1999): S. 183, vgl. auch. Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, (2015), Dokumente 6 bis 14 auf den Seiten 90 – 116.

31 Vgl. Timmer, Karsten (1999), S. 62, Fußnote 31. Das Bedrohungsgefühl durch die Ausreise wurde von unterschiedlichen Seiten der Bevölkerung mit tiefer Betroffenheit geäußert.

32 Vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 312 (2011), S. 60 f., Erich Honecker, geboren 25. August 1912, gestorben am 29. Mai 1994, war seit 1946 Mitglied des ZK, seit 1958 des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED. Von 1971 bis 1989 wurde er erster bzw. ab 1976 Generalsekretär des ZK der SED. 1971 wurde er zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, dem obersten militärischen Gremium der DDR, berufen. Von 1976 bis 1989 wurde er zum Vorsitzenden des Staatsrats und damit zugleich zum Staatsoberhaupt (mit repräsentativen Charakter) von der Volkskammer gewählt. Mit der Verfassungsänderung von 1974 verlor der Staatsrat seine vorherige hervorgehobene Stellung und trat nur noch als Repräsentationsorgan in Erscheinung. In der Ära Honecker waren Staat und SED mehr als zuvor eng miteinander verflochten. Vgl. auch ZEIT Lexikon (2005), Bd. 6, S. 496 f.

33 Vgl. ZEIT Lexikon, Bd. 8, S. 293, Egon Krenz, geboren am 19.3.1937, Pädagoge und Politiker der SED, war von 1974 bis 1983 erster Sekretär der FDJ, ab 1983 Mitglied des Politbüros der SED und ZK-Sekretär für Sicherheits- und Kaderfragen, ab 1983 auch stellvertretender Staatsratsvorsitzender; in der Nachfolge Erich Honeckers als Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der DDR vom 17. Oktober bis zum 6. Dezember 1989 versuchte er vergeblich, die Macht der SED und die DDR als Staat zu erhalten. Bei seinem Amtsantritt führte er den Begriff »Wende« in die DDR-Politik ein, der bis heute, hauptsächlich wegen dieses Ursprungs und der Bedeutung, hiermit sei eine politisch-demokratische Veränderung durch die SED eingeleitet worden, vor allem von ehemaligen Bürgerrechtlern in der DDR abgelehnt wird. Im Januar 1990 wurde Egon Krenz von der Nachfolgepartei der SED, der SED-PDS ausgeschlossen. Vgl. zum Begriff Wende auch Wolf, Christa (2011), S. 90, die in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte dazu schrieb: »Ob das Wort Revolution 1989 unter euch je gefallen ist, weiß ich nicht mehr, bezweifle es aber. Es wäre euch auch zu pathetisch vorgekommen. Das Wort, das die Leerstelle besetzte, das eingebürgert wurde, war unangemessen und hatte die Aufgabe, den Charakter der »Ereignisse« zu verschleiern: »Wende«. Was »wendete« sich denn? Und wohin? Was ihr erlebtet, war ein Volksaufstand, der sich die Form friedlicher Demonstrationen gab und das unterste nach oben schleuderte. Falls das die Aufgabe von Revolutionen ist, war das eine. ...«

34 Vgl. Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, (2015), S. 16.

Die Zahl der Flüchtlinge bzw. Übersiedler war auch nach der Öffnung der Grenzen und trotz erkennbarer politischer Reformen in der DDR sehr hoch. Die Motivation änderte sich jedoch. Da die persönliche Unfreiheit wegfiel, rückte das ökonomische Motiv für viele Übersiedler in den Vordergrund.<sup>35</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Übersiedlung der Bürger der DDR in die BRD seit Mai 1989 anstieg und ihren Höhepunkt im November 1989 hatte, aber auch im Dezember 1989 und im Januar bis März 1990 waren die Zahlen der Übersiedlungen noch relativ hoch. Danach war eine deutlich abnehmbare Wanderungs- bzw. Ausreisebewegung erkennbar.<sup>36</sup>

Die Entscheidung für den Widerspruch anstelle von Abwanderung, also die innergesellschaftliche Opposition in der DDR, führte zur Formierung neuer Bürgerbewegungen: »Neues Forum«, »Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP)«, »Demokratischer Aufbruch«, »Vereinigte Linke« als politische Vereinigungen und zum Protest auf den Straßen der DDR, wobei die Forderungen i. d. R. sehr allgemein gehalten waren. Generell ging es um die offensichtlich gestörte Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, um die Einmischung des Staates in die eigenen Angelegenheiten sowie um eine politische Diskussionsplattform für die gesamte DDR. Als Beispiel sei hier nur der Aufruf des Neuen Forums vom 10. September 1990 angeführt, der innerhalb einer Woche 200.000 Unterschriften erhielt.<sup>37</sup> Die erste Montags-Demonstration fand z. B. am 11. September 1989 in Leipzig statt. Die DDR-Partei- und Staatsführung versuchte, den zunehmenden Bürgerprotest in den Städten – allen voran Leipzig, Dresden und Berlin – durch massiven Polizeieinsatz und Verhaftungen zu unterbinden. Damit wurde die DDR-Gesellschaft zum ersten Mal seit 1953 mit massiver, offener Gewalt der Staatsmacht gegen das eigene Volk konfrontiert. Angestaute Wut und Erschrecken führten in der Folge dazu, dass die bisher eher passive Bevölkerung sich ebenfalls an den Protesten beteiligte. So wuchs die Teilnehmerzahl an den Montagsdemonstrationen z. B. in Leipzig von 70.000 am 9. Oktober 1989 auf 120.000 Teilnehmer am 16. Oktober 1989 an, die befürchteten polizeilichen Übergriffe blieben aus. In allen größeren Städten der DDR kam es in der Folge zu Massendemonstrationen, deren Treff- und Ausgangspunkte Gottesdienste mit Friedensgebeten waren. Die Demonstrationen beinhalteten Forderungen nach grundsätzli-

35 Vgl. Icks, Anette (1995), S. 70, Tabelle 4: Veränderung der Motive der Übersiedler in verschiedenen Zeitabschnitten, zitiert nach: Voigt / Belitz-Demiriz / Meck (Hrsg.) (1990): Die innerdeutsche Wanderung und der Vereinigungsprozeß, in: Deutschland Archiv, 23. Jahrgang, Band 1, S. 742.

36 Vgl. ebenda, S. 60, Abbildung 1: Monatliche Übersiedlung der DDR-Bürger in die Bundesrepublik, entn. aus: Statistisches Bundesamt, unveröffentlichtes Manuskript. Zahlen erhalten auf Anfrage beim Statistischen Bundesamt.

37 Vgl. NEUES FORUM (1990), S. 18 f., zitiert nach: Icks, Anette (1995), S. 59 f.

cher Veränderung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.<sup>38</sup> Nach Timmer<sup>39</sup> lassen sich die Ziele der DDR-Bürgerbewegung zwischen September und Dezember 1989 in fünf spezifische Handlungszusammenhänge zusammenfassen: Motiv der Selbstbefreiung aus eigener Kraft von der Herrschaft des SED Regimes; kulturorientierte Ausrichtung, bei der es um bessere Lebens- und Daseinsbedingungen der Staatsbürger ging; Kommunikation und nicht Konfrontation, als Mittel der Konfliktlösung wurde der gewaltfreie Dialog mit dem Ziel der Herstellung von Öffentlichkeit angestrebt; basisdemokratische und dezentrale Bewegung; programmatisch offene Bewegung in dem Sinne, dass keine festumrissene Zielvorstellung verfolgt wurde.

In dieser Protestbewegung wurde erneut die Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR deutlich, da viele Theologen und Laienpriester zusammen mit den ursprünglich kirchlichen Basisgruppen an den neuen Parteien und Basisgruppen beteiligt waren. Die viel kleinere Katholische Kirche in der DDR war von den Auseinandersetzungen stets mitbetroffen, wenn sie auch nicht in gleichem Ausmaß politisch in Erscheinung trat. Im Folgenden wird überwiegend auf die Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR eingegangen.

In den 80er Jahren gab es zwischen großen Teilen der Kirchen und der DDR-Regierung eine Annäherung in der Friedenspolitik. Die Doppelrolle der Kirchen wurde aber immer offenkundiger, als auf der einen Seite die Konsolidierung des Kirchenwesens wegen des besseren Staats-Kirchen-Verhältnisses erreicht werden konnte, auf der anderen Seite aber nur die Kirchen in der Lage waren, der sich formierenden Opposition Bewegungsräume zu bieten. Ende der 80er Jahre kam es immer häufiger zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und den Kirchen. Die 1971 geprägten Formel »Kirche im Sozialismus«<sup>40</sup> beinhaltete zwar eine vorbehaltlose Anerkennung des Staates, unabhängig davon bewahrte und verkörperte sie ein klar unterschiedenes Menschen- und Persönlichkeitsbild. 1989 folgte eine Absetzbewegung der Kirchen von der bisherigen Kirchenpolitik, die in einer Erklärung der Septembersynode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) vom 19. September 1989 gipfelte: sie forderte in der Öffentlichkeit von der politischen Führung der DDR eine Demokratisierung der DDR-Gesellschaft.<sup>41</sup> In dieser Erklärung wurden die Beteiligten erneut zur Gewaltlosigkeit ermahnt.<sup>42</sup>

---

38 Vgl. Icks, Anette (1995), S. 72 f.

39 Vgl. Timmer, Karsten (1999), S. 53.

40 Grunenberg, Antonia (1990), S. 133.

41 Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.), (1998), S. 397 f., Quelle K 13: Forderung nach Demokratisierung, 19. September 1989.

42 Vgl. Weidenfeld / Korte (Hrsg.) (1999), S. 160.

Die veränderte gesellschaftliche Rolle der Kirchen, die im Herbst 1989 zum Tragen kam, stellte mit den Friedensgebeten den öffentlichen Raum zur Äußerung des Freiheitswillens und bot die Formen einer religiösen Widerstandskultur.<sup>43</sup> Im Gegensatz zu den spontan entstehenden informellen Gruppen und der Protestbewegung verfügten die Kirchen über eine hierarchisch gegliederte und gut durchstrukturierte Organisation. Unter ihrem Schutz konnte sich die politische Opposition formieren. Die Kirchen übernahmen eine vermittelnde Rolle in der Auseinandersetzung zwischen der Protestbewegung und dem Staat, wie z. B. an den Runden Tischen<sup>44</sup>, auf lokaler und zentraler Ebene. Sie nahmen damit auch eine Stellvertreterrolle für die nicht vorhandene gesellschaftliche Öffentlichkeit wahr.<sup>45</sup>

#### 2.1.1.4 Feier zum vierzigjährigen Bestehen der DDR, Reaktion der Staatsorgane, der SED-Führung, der Gäste und politische Folgen

Die SED Führung mit Erich Honecker an der Spitze beging den 40. Jahrestag der Gründung der DDR (7. Oktober 1989) ohne den möglichen politischen Spielraum zu nutzen, der ihnen von der UdSSR gewährt wurde. Vielmehr stellte Erich Honecker als Staatsoberhaupt der DDR klar, unnachgiebig an der sozialistischen Gesellschaftskonzeption und der wirtschaftspolitischen Grundkonzeption der sozialistischen Planwirtschaft festzuhalten. Unter den ausländischen Delegationen zur Feier des 40. Jahrestages der DDR war auch die sowjetische Abordnung, mit Generalsekretär Michail Gorbatschow<sup>46</sup> an der Spitze, vertreten. Die SED-Führung in der DDR hoffte, vom Generalsekretär der KPdSU zu profitieren, aber Michail Gorbatschow war auch der Hoffnungsträger für die DDR-Dissidenten bzw. Protestbewegung, die darauf setzten, dass er dem Reformprozess in der DDR zum Erfolg verhelfen könne.

Nach unverfänglichen Gesprächen wurde Generalsekretär Gorbatschow erst am zweiten Tag seines Besuches bei einem persönlichen Gespräch mit Erich Hon-

43 Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.), (1998), S. 371, vergl. auch Icks, Anette (1995), S. 55 ff.

44 Vgl. ZEIT Lexikon (2005), Bd. 12, S. 418, als Runder Tisch wird die Form des demokratischen Zusammenwirkens, insbesondere zwischen Opposition und Regierung, bezeichnet, bei der alle Teilnehmer gleichberechtigt zusammenarbeiten. Gespräche am Runden Tisch fanden 1989 in Polen, Ungarn, DDR, Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien statt, um die Überwindung stalinistischer Strukturen und eine demokratische Entwicklung der jeweiligen Länder zu erreichen.

45 Vgl. Icks, Anette (1995), S. 58.

46 Vgl. ZEIT Lexikon (2005), Bd. 5, S. 571: Michail Gorbatschow, am 2. März 1931 geboren, war von 1985 bis 1991 Generalsekretär des ZK der KPdSU, 1988 bis 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (Staatsoberhaupt), März 1990 bis Dezember 1991 Staatspräsident der UdSSR.

ecker und in einer Unterredung mit den Mitgliedern des SED Politbüros<sup>47</sup> deutlicher: »Ich halte es für sehr wichtig, den Zeitpunkt nicht zu verpassen und keine Chance zu vertun (...). Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort (...). Wir sind in einer Etappe sehr wichtiger Beschlüsse. Es müssen weitreichende Beschlüsse sein, sie müssen gut durchdacht sein, damit sie reiche Früchte tragen. Unsere Erfahrungen und die Erfahrungen von Polen und Ungarn haben uns überzeugt: Wenn die Partei nicht auf das Leben reagiert, ist sie verurteilt (...). Wir haben nur eine Wahl: entschieden voranzugehen.«<sup>48</sup> Nach dieser Rede vermieden sowohl Erich Honecker, der die Erfolge des Sozialismus in der DDR pries, als auch führende Politiker der DDR jegliche Kritik bzw. Selbstkritik. Generalsekretär Gorbatschow ergriff noch einmal das Wort, kritisierte die eigenen Funktionäre in der schwierigen Situation bei den Bergbauarbeitern im ukrainischen Donezk und fügte hinzu: »Wir sehen also, wenn jemand schlecht arbeitet, die Sache nicht im Griff hat, und wir schützen ihn, dann ufern diese Probleme aus. Es gibt viele Signale für die Partei.«<sup>49</sup>

Unter dem Eindruck zunehmender Massenproteste sah sich die SED nach Beendigung der Feiern zum 40. Jahrestag zu einer personellen Erneuerung und zur programmatischen Neuorientierung veranlasst. Am 17. Oktober 1989 wurden Erich Honecker, Günter Mittag<sup>50</sup> und Erich Mielke<sup>51</sup> zum Rücktritt aufgefordert. Die Rücktrittsforderung wurde einstimmig angenommen. Als Nachfolger von Erich Honecker wurde Egon Krenz zum Generalsekretär des ZK der SED und sechs Tage später durch die Volkskammer zum Vorsitzenden des Staatsrats gewählt. Weil mit ihm die proklamierte »Wende« der DDR-Politik unglaubwürdig blieb, konnte er sich nur 50 Tage in seinem Amt halten.<sup>52</sup>

Nach der größten Demonstration in der Geschichte der DDR am 4. November 1989 in Ostberlin mit 700.000 Teilnehmern und der Forderung für eine demokra-

---

47 Vgl. ZEIT Lexikon (2005), Bd. 11, S. 430, als Politbüro wird das oberste Führungsgremium der meisten kommunistischen Parteien bezeichnet.

48 Zitiert nach: Informationen zur politischen Bildung Nr. 250, (2009), S. 25.

49 Ebenda, S. 26.

50 Vgl. Zündorf, Irmgard: Biografie Günther Mittag (2016). Günter Mittag, geboren am 8. Oktober 1926, gestorben am 18. März 1994, war von 1966 bis zum Herbst 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED. Er war ab 1976 als ZK-Sekretär der SED für Wirtschaftsfragen der Planwirtschaft der DDR zuständig. 1958 wurde er Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro, 1963 wurde er zum Mitglied der Volkskammer gewählt und war darin bis 1973 und dann wieder von 1976 bis 1989 vertreten. Von 1973 bis 1976 war er Mitglied des Staatsrats der DDR als Erster Stellvertreter des Vorsitzenden. Von 1982 bis 1989 war Mittag ebenfalls Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates.

51 Vgl. ZEIT Lexikon (2005), Band 9, S. 551, Erich Mielke, geboren am 28. Dezember 1907, gestorben am 21. Mai 2000, hatte von 1957 bis 1989 das Amt des Ministers für Staatssicherheit (MfS) inne. Unter seiner Leitung wurde das MfS zu einem weit verzweigten Kontroll- und Unterdrückungssystem der SED-Führung ausgebaut. Während z. B. 1957 noch 17.000 Mitarbeiter hauptamtlich beim MfS beschäftigt waren, wuchs die Anzahl der Beschäftigten bis Oktober 1989 auf 91.015 Mitarbeiter an. Erich Mielke war von 1959 bis 1989 Mitglied des ZK der SED und von 1976 bis 1989 Mitglied des Politbüros.

52 Vgl. Weidenfeld / Korte (Hrsg.), (1999) S. 184f.

tische Erneuerung in der DDR brach wenige Tage später das alte Regime faktisch zusammen. Die massiven Proteste der Bevölkerung an einer Neuverlage des Reisegesetzes führte am 7. November 1989 zum Rücktritt der Regierung (Ministerrat) unter Willi Stoph<sup>53</sup>. Das am nächsten Tag neu gebildete Politbüro veränderte den entscheidenden Passus im Entwurf des Reisegesetzes. In einer internationalen Pressekonferenz am Abend des 9. November 1989 gab Günter Schabowski, neuer ZK-Sekretär für Informationen, die Reisefreiheit ohne entsprechende Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR mit sofortiger Wirkung für die DDR-Bürger bekannt. Nach mehrfachem Nachfragen bestätigte Günter Schabowski, dass die »Ständige Ausreise (...) über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu West-Berlin erfolgen (kann).«<sup>54</sup> Tausende von DDR-Bürgern machten sich noch in der Nacht auf den Weg über die Grenze zur BRD, um sich einen Eindruck von der neuen Lage zu verschaffen.<sup>55</sup>

Der frühere Bundeskanzler Willy Brandt, der zur Zeit des Baus der Berliner Mauer ab 13. August 1961 das Amt des Bürgermeisters von Berlin-West innehatte, erklärte in einer kurzfristig einberufenen Versammlung am 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg: »... Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. ...«<sup>56</sup> Damit drückte Brandt in bewegenden Worten das aus, was die Menschen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit in beiden deutschen Staaten empfanden und sich wünschten.<sup>57</sup>

Bis Anfang November 1989 gab es von beiden deutschen Staaten keine Option zur Vereinigung, sie war also keine Zwangsläufigkeit.<sup>58</sup>

---

53 Vgl. ZEIT Lexikon (2005) Bd. 14, S. 188f., Willi Stoph, geboren am 9. Juli 1914, gestorben am 13. April 1999, war seit 1953 Mitglied des Politbüros der SED, von 1952 bis 1955 war er Innen- und von 1956 bis 1960 Verteidigungsminister. Von 1973 bis 1976 war er Vorsitzender des Staatsrats der DDR. Von 1964 bis 1973 und von 1976 bis 1989 war er Vorsitzender des Ministerrats, also Ministerpräsident. Die Funktion der Regierung übte formal der Ministerrat der DDR aus. Der Ministerrat wurde von der Volkskammer für fünf Jahre gewählt und von einem Vorsitzenden, dem Ministerpräsidenten, geleitet. Zusammen mit den zwei Ersten Stellvertretern, neun Stellvertretern und zwei weiteren Präsidiumsmitgliedern bildeten sie das Präsidium des Ministerrats. Im Machtgefüge der DDR verkörperte der Ministerrat nur eine nachrangige Instanz zum Absegnen von Beschlüssen und Gesetzentwürfen der SED-Führung. Der Führungsanspruch der SED war seit 1968 in der Verfassung festgeschrieben worden.

54 Information zur politischen Nr. 250, (2009 a), S. 30. Vgl. auch Weidenfeld / Korte (Hrsg.), (1999), S. 185; vgl. Gransow / Jarausch (Hrsg.) (1991), S. 93 f. mit dem Text des Beschlusses des Ministerrates. Zitiert nach: Icks, Anette (1995), S. 86.

55 Vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 250, (2009), S. 29 bis 32.

56 Ebenda, S. 32.

57 Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.) (1998), S. 499. Die umgeschlagene Stimmung innerhalb der Bevölkerung kam am deutlichsten in Leipzig bei den Montagsdemonstrationen zur Geltung. Innerhalb weniger Wochen nach der Öffnung der Grenzen wurde die Losung »Wir sind das Volk« durch die Losung »Wir sind ein Volk« ersetzt.

58 Vgl. Andresen, Knud (Vorlesung WS 2017/2018, Vorlesungsverzeichnis der Universität Hamburg): Gesellschaftsgeschichte der beiden deutschen Staaten 1969 – 1990, hier vom 21. November 2017.

### 2.1.1.5 Beschleunigung der Entwicklung durch die Aktivitäten der Regierungen in beiden deutschen Staaten und weiterer Akteure

Der Umbruchprozess beschleunigte sich. Am 13. November 1989 wurde Hans Modrow<sup>59</sup> von der Volkskammer zum neuen Vorsitzenden des Ministerrats (siehe oben) gewählt und mit der Bildung der Regierung beauftragt. Hans Modrow galt als Reformler und Anhänger der Politik Michail Gorbatschows. Am 17. November 1989 stellte Ministerpräsident Modrow seine Regierung vor. Der neue Ministerrat war erheblich verkleinert worden, ihm gehörten jetzt nur noch 28 Mitglieder (davor 33 Mitglieder) an, davon elf Mitglieder aus den vier Koalitionsparteien der SED. In seiner Regierungserklärung versprach Hans Modrow eine Wirtschafts-, Bildungs- und Verwaltungsreform. Außerdem sollten in einem langfristig angelegten Programm Ökonomie und Ökologie in Übereinstimmung gebracht werden.

Ministerpräsident Hans Modrow ging zunächst von einem Übergang der DDR zu einer »sozialistischen Demokratie« aus, innerhalb derer die DDR wirtschaftlich und finanziell saniert werden sollte, auch um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Westen zu erhöhen. In seiner Regierungserklärung vom 17./18. November 1989<sup>60</sup> hatte er als erster die Vorstellung geäußert, die Beziehung beider deutscher Staaten durch Schaffung einer Vertragsgemeinschaft auf eine neue Stufe heben zu wollen. Im Notfall sei sogar auch eine Konföderation mit der Bundesrepublik (im Spiegel-Gespräch am 4. Dezember 1989) möglich, um zunächst die Existenz der DDR zu sichern.<sup>61</sup>

Mit der Bildung der Regierung Modrow verlagerte sich die Macht in der DDR weg von der SED hin zur Regierung, dem Ministerrat, die sich nur noch der Volkskammer verantwortlich fühlte.<sup>62</sup> Diese Machtverlagerung zeigte sich in den folgenden Ereignissen: Die Volkskammer beschloss am 1. Dezember 1989, die führende Rolle der SED aus der Verfassung zu streichen; am 4. Dezember 1989 verließen die CDU und LDP den Demokratischen Block, um ihre Unabhängigkeit zu betonen; am 6. Dezember 1989 trat Egon Krenz von allen Staatsämtern aufgrund anhaltender Bürgerproteste zurück, und der LDP-Vorsitzende Manfred Gerlach wurde Vorsitzender des Staatsrats; der nationale Verteidigungsrat wurde aufgelöst. Die SED war in eine tiefe Existenzkrise geraten, die auch auf dem kurz-

---

59 Vgl. ZEIT Lexikon (2005), Bd. 10, S. 35. Hans Modrow, geb. am 27. Januar 1928, war von 1967 bis 1989 Mitglied des ZK der SED. Von 1973 bis 1989 war er Bezirkssekretär der SED in Dresden. Ab 13. November 1989 bis zum April 1990 war er Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Seit Dezember 1989 war er Mitglied des Parteivorstandes der PDS und seit Februar 1990 deren Ehrenmitglied. Von 1990 bis 1994 war er Mitglied des Bundestages (im Folgenden MdB) und wurde 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments.

60 Vgl. Modrow, Hans (1991), S. 40.

61 Vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 250, (2009 a), S. 35f.

62 Vgl. Information zur politischen Bildung Nr. 312 (2011 b), S. 58, 61 und 73.

fristig einberufenen Parteitag am 8. bzw. 15./16. Dezember 1989 nicht überwunden werden konnte. Sie konnte sich vor allem wegen der Sicherung ihres Parteivermögens nicht zu einer Auflösung entschließen und gab sich den Namen SED-PDS, ab 4. Februar 1990 nannte sie sich nur noch PDS. Gregor Gysi wurde vom Parteitag im Dezember 1989 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.<sup>63</sup> In seiner außenpolitischen Entschließung sprach sich der Parteitag für eine »souveräne sozialistische DDR« aus, die eine Vertragsgemeinschaft mit der BRD anstrebe und offen für die Idee konföderativer Strukturen sei.<sup>64</sup>

Grundlage der Deutschland-Politik der Bundesregierung vom 28. November bis Ende Januar 1990 war das Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989, das Bundeskanzler Helmut Kohl<sup>65</sup> in der Haushaltsdebatte des Bundestages vortrug. Der Zehn-Punkte-Plan sah im Einzelnen eine Reihe von Maßnahmen vor, diese reichten von sofortiger konkreter Hilfe im humanitären Bereich für die DDR über die Einrichtung der von Modrow vorgeschlagenen Vertragsgemeinschaft bis zum Beschluss »konföderativer Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, d. h. eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen«<sup>66</sup>. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür sei eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR, also freie Wahlen in der DDR. Im Anschluss daran könnten dann verschiedene gesamtdeutsche Institutionen zur Zusammenarbeit gebildet werden. Nach erfolgreicher gemeinsamer Arbeit könne dann das deutsche Volk in einem freien Europa in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen. Zur Dauer des geplanten Prozesses erfolgte keine Aussage.

Die Bürgerbewegung, die mit ihrer Strategie der dezentralen Organisationsform, programmatischen Offenheit und Machtabstinenz hatte sich zwar als effektiv zur Überwindung der SED-Herrschaft erwiesen, scheiterte jedoch in dem Moment, als die SED Herrschaft im Dezember 1989 endgültig zusammenbrach. Sie hielt an einem an der Basis ansetzenden Aufbau einer zivilen Gesellschaft in der DDR fest, während ein großer Teil der Bevölkerung inzwischen schnelle Lösungen forderte<sup>67</sup>, die eine Anpassung an die politischen, wirtschaftlichen und gesell-

63 Vgl. Weidenfeld / Korte (Hrsg.), (1999), S. 184 f.

64 Vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 312 (2011 b), S. 75.

65 Vgl. ZEIT Lexikon (2005), Bd. 8, S. 91, Helmut Kohl, geboren am 3. April 1930, gestorben am 16. Juni 2017, war von 1969 bis 1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, von 1973 bis 1998 Bundesvorsitzender der CDU und von 1976 bis 2002 MdB. Ab 1. Oktober 1982 wählte ihn der Bundestag zum Bundeskanzler. Dieses Amt führte er bis zur Wahlniederlage gegen Gerhard Schröder im September 1998. Er war der »Kanzler der Einheit« und überzeugter Europapolitiker.

66 Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29. November 1989, zitiert nach: Informationen zur politischen Bildung Nr. 250 (2009 a), S. 36.

67 Vgl. Revolutionen und Transformation in der DDR 1989/90, (1999), S. 64.

schaftlichen Verhältnisse in der BRD beinhaltete. Führende Intellektuelle versuchten dagegen eine sozialistische Alternative zur BRD zu entwickeln.

Der Runde Tisch, der unter Moderation der beiden Kirchen in der DDR am 7. Dezember 1989 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat und aus Vertretern der »neuen« und »alten« Kräfte bestand, stellte sein Selbstverständnis folgendermaßen vor: »Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus heftiger Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung«<sup>68</sup>. Obwohl der Runde Tisch sich als »Bestandteil der öffentlichen Kontrolle« verstand, der »keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben« könne und seine »Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortsetzen« wolle<sup>69</sup>, existierte mit ihm eine zweite quasi-parlamentarische Institution. Seine Vorschläge wurden vor wichtigen Entscheidungen der Volkskammer mit einbezogen. Die ersten Beschlüsse des Runden Tisches betrafen die Festlegung der Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Nach Zuspitzung der Diskussion um den Komplex der Staatsicherheit Mitte Januar 1990 schlug Ministerpräsident Modrow eine direkte Mitarbeit von Vertretern der Bürgerbewegungen in der Regierung vor. Nach kontroversen Debatten wurde am 28. Januar 1990 ein Eintritt der neuen Organisationen und Parteien in eine Regierung der nationalen Verantwortung vereinbart, sie waren dort mit acht Ministern ohne Geschäftsbereich vertreten. Insgesamt konnten die Vertreter des Runden Tisches in der Frage der Deutschen Einheit nicht mehr meinungsbildend auf die Bevölkerung einwirken.

Die Öffnung der Grenzen beschleunigten den Niedergang der Ökonomie in der DDR. Infolge der noch einmal zunehmenden Fluchtbewegung in den Westen<sup>70</sup> sank nicht nur die Zahl der Arbeitskräfte, es wurde auch mehr und mehr gestreikt, die Materialversorgung konnte zunehmend nicht mehr gesichert werden und die Planung für Kombinate und Betriebe verlor an Steuerungskraft. In der Folge führten diese Faktoren dazu, dass die Produktion einbrach, was wiederum zu Versorgungslücken und Engpässen führte mit der Folge von Abwanderungsbewegungen. Auf der anderen Seite führten Pendlereinkommen, Sozialtransfers und Anderes dazu, dass der Zufluss an Deutscher Mark (im Folgenden DM) in die

---

68 Icks, Anette (1995), S. 88, zitiert nach: Herles, Helmut; Rose, Ewald (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 23.

69 Weidenfeld / Korte (Hrsg.) (1999), S. 186.

70 Vgl. Schreiben des Statistischen Amtes an Modrow, 15. März 1990; in BAB, DC 20/1137, entnommen aus: Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, (2015), S. 205. Danach betrug die »Auswanderungsverluste der DDR gegenüber der BRD« im November 1989 70.692, im Dezember 53.706, und im Januar 1990 40.820 Personen.

DDR stieg, was mit steigenden Schwarzmarktkursen<sup>71</sup> verbunden war. Diese Entwicklung wiederum ließ den Geldumlauf und die Nachfrage in der DDR erheblich ansteigen. Beide Entwicklungen führten dazu, dass die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage sich weiterhin vergrößerte und mit dieser Entwicklung das Vertrauen in die DDR-Währung zusätzlich beeinträchtigt wurde.

Um einerseits die anhaltende Flucht aus der DDR in den Westen zu stoppen und andererseits die Situation in der DDR zu stabilisieren, bot die Bundesregierung der DDR Anfang Februar 1990 eine Währungs- und Wirtschaftsunion an.<sup>72</sup>

Nach Christoph Kleßmann bildete die BRD insgesamt sowohl für die Machtelite als auch für die Bevölkerung der DDR »stets eine Referenzgesellschaft, mit der man sich aggressiv auseinander setzte oder an der man sich insgeheim in seinen materiellen und politischen Wünschen zumindest partiell orientierte.«<sup>73</sup>

Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl trafen sich am 19. Dezember 1989 in Dresden. Bei diesem Treffen wurden spektakuläre Entscheidungen getroffen, die im weiteren Verlauf aber kaum noch Bedeutung erlangten. So wurde eine gemeinsame Erklärung über die von Ministerpräsident Modrow angebotene Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten verabschiedet, die über den Grundlagenvertrag und bisher geschlossene Verträge hinausgehen sollte. Zusätzlich wurde der visafreie Verkehr zwischen beiden deutschen Staaten nach dem 24. Dezember 1989 und die Öffnung des Brandenburger Tores für den Fußgängerverkehr am 22. Dezember 1989 beschlossen. Für die finanziellen Ausfälle durch die neuen Reisebestimmungen sollte von der Bundesrepublik ein Ausgleich gezahlt werden. Mit der Ausgestaltung der Vertragsgemeinschaft auf Ministerebene sollte dann im Januar 1990 begonnen werden. Der Vertragsentwurf der DDR vom 17. Januar 1990, der am 25. Januar 1990 an Kanzleramtsminister Seiffert übergeben wurde, war zu diesem Zeitpunkt bereits vollständig überholt.

In der Bundesrepublik wurden seit Anfang 1990 in Anlehnung an das Zehn-Punkte-Programm von Bundeskanzler Kohl zahlreiche Varianten von Stufenplänen auch von Ökonomen und Politikern diskutiert und befürwortet, die den Regeln der Ökonomie entsprachen. Sie sahen den Aufbau einer international wettbewerbsfähigen Wirtschaft in der DDR, die schließlich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Staaten führte, vor. Der Grundgedanke war immer, dass die DDR zunächst die rechtlichen Voraussetzungen für eine Marktwirtschaft herstellen müsse, im Anschluss daran müsse sie ihre Wirtschaft sanieren. Nach

71 Vgl. Weidenfeld / Korte (Hrsg.), (1999), S. 805. Der Wert der Mark der DDR wurde Ende Januar 1990 z. B. mit 0,12 DM am freien Markt gehandelt.

72 Vgl. Steiner, André (2016), S. 125.

73 Kleßmann, Christoph (2002), S. 2.

Einführung der Marktwirtschaft sei mit Investitionen westlicher Unternehmen zu rechnen, die den Aufbau leistungsfähiger Betriebe erleichtern würden. Öffentliche Hilfen der Bundesrepublik sollten in die Verbesserung der Infrastruktur fließen. Ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und eine gemeinsame Währung sei erst dann möglich, wenn sich die Arbeitsproduktivität in der DDR der in der Bundesrepublik angenähert habe. Für diesen Sanierungsprozess seien drei bis fünf Jahre erforderlich, bevor die Unternehmen der DDR ohne den Schutz der eigenen niedrig bewerteten Währung dem Wettbewerb der westlichen Unternehmen ausgesetzt werden könnten.<sup>74</sup> Dieter Grosser kritisierte die Stufenpläne, da seiner Meinung nach die Vertreter der Lehrbuchregeln hätten erkennen müssen, dass der Modernisierungsprozess auch bei großzügiger westdeutscher Hilfe und hoher privater Investitionen westlicher Unternehmen viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, dauern würde.<sup>75</sup>

In der DDR hatte sich im Dezember 1989 / Januar 1990 die politische und wirtschaftliche Krise weiter verschärft. Die anhaltende Auswanderung der DDR-Bürger, die Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, das Ausbleiben von erhofften Zahlungen aus der Bundesrepublik, die Demonstrationen mit den Forderungen nach der Einführung der D-Mark in der DDR und der deutschen Einheit machten deutlich, dass die politische Entwicklung in der Bevölkerung längst weiter vorangeschritten war. Ministerpräsident Modrow sah sich gezwungen, seine bisher auf Wahrung der Selbstständigkeit der DDR gerichtete Deutschlandpolitik zu ändern. In seinen Memoiren bekannte Hans Modrow später, dass er aus dieser Lage die Schlussfolgerung gezogen habe, »dass für uns nur die Orientierung auf die Bundesrepublik eine reale Alternative war.« Gemeinsam mit den Kräften des Runden Tisches habe er es als notwendig angesehen, »die Stabilisierung der DDR mit einer stufenweisen Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu verbinden.«<sup>76</sup> Seine Analyse der Situation in der DDR teilte Modrow am 29. Januar 1990 den Abgeordneten der Volkskammer mit.

Im Anschluss daran reiste Ministerpräsident Modrow nach Moskau, wo am 30. Januar 1990 ein Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow und weiteren Personen<sup>77</sup> vorgesehen war. Michail Gorbatschow erteilte die Zustimmung zum Konzept schrittweiser engerer Kooperation der beiden deutschen Staaten mit der Maßgabe, dass die staatliche Einheit nach einigen Jahren erreicht werden solle.

---

74 Vgl. Weidenfeld / Korte (Hrsg.), (1999), S. 804 f. Dieter Grosser, Autor des Kapitels zum »Ökonomischen Prozeß«, ist der Verfasser dieses Artikels im Handbuch zur Deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999.

75 Vgl. ebenda, S. 805.

76 Zitiert nach: Informationen zur politischen Bildung Nr. 250, (2009), S. 40.

77 Als weitere Personen nahmen Ministerpräsident Ryschkow, Außenminister Schewardnadse und der Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Walentin Michailowitsch Falin, der von 1971 bis 1978 Botschafter der UdSSR in der BRD war, an dem Treffen teil.